

IHK-Rebellen wollen neue Kammern

Neue Initiative übt grundsätzliche Kritik und fordert die Abschaffung des Zwangs zur Mitgliedschaft

In der Gruppe „Kammern ohne Zwang“ haben sich kritische Mitglieder der Industrie- und Handelskammer zusammengeschlossen. Sie treten für die Wahlen zur Vollversammlung an und fordern Reformen.

von Anna Ntemiris

Marburg. „Eine Zwangsvereinigung der freien Unternehmen soll die IHK sein. Das ist schon schizophren“, sagt Ralf Finger, Inhaber der Radwerk KG in Marburg. Der Unternehmer und Volkswirt spricht Klarheit: „Zwang und freie Unternehmen. Das passt nicht zusammen.“

Mehr Transparenz, mehr Demokratie

Jeder Betrieb muss einer Kammer angehören, das sieht das Gesetz vor. Eine neue Initiative, der auch Finger angehört, fordert nun grundlegende Veränderungen in der Struktur der Industrie- und Handelskammer Kassel-Marburg, bis hin zur Reformierung des Gesetzes, um letzten Endes den Kammerzwang abzuschaffen. Die Initiative „Kammern ohne Zwang“ fordert nicht die Abschaffung der Kammer, sondern will sie als Körperschaft des öffentlichen Rechts erhalten, sie fordert aber ihre grundlegende Erneuerung. Angespornt von den Erfolgen ähnlicher Initiativen in Berlin und Stuttgart im vergangenen Jahr treten Kritiker aus dem IHK-Bezirk Kassel-Marburg nun mit einer Liste für die Wahl zur Vollversammlung an, die im Januar stattfindet.

Mehr als 20 Kollegen aus der Region machen mit, sagt Kai Boeddinghaus, der seit 2004 in der Vollversammlung der IHK Kassel-Marburg sitzt und Bundesgeschäftsführer des Bundes-



Ralf Finger (links) aus Marburg und Kai Boeddinghaus aus Kassel gehören zu den kritischen IHK-Mitgliedern, die sich der Initiative „Kammern ohne Zwang“ angeschlossen haben. Foto: Ntemiris

verbandes für freie Kammern ist. Boeddinghaus ist in Kassel als Mitglied der Linken kommunalpolitisch bekannt. Er betont, dass die Initiative streng überparteilich ist: Ihr gehören unter anderem Kandidaten an, die Mitglied der CDU und FDP, oder Sympathisanten der Grünen seien.

IHK: Beitragssenkung bis zu 30 Prozent möglich

Die IHK-Rebellen fordern mehr Transparenz. „Immerhin ist die IHK Kassel-Marburg die einzige IHK in Deutschland, die ihre Wahlergebnisse veröffentlicht“, sagt Boeddinghaus. Er verbucht diesen Schritt als Erfolg seiner Kritik. Mehr Demokratie ist eine weitere Forderung

der Liste. Bestimmte Themen und Ansichten kommen in der IHK gar nicht vor, erklärt Finger. „Die Rad-Branche fühlt sich nicht vertreten. Auch die Firmen, die für erneuerbare Energien stehen, finden kein Gehör“, sagt er. Er bedauert weiterhin, dass Themen wie Managergehälter nicht auf der Agenda der IHK stehen, obwohl viele Menschen darüber reden. Die IHK stelle sich als Vertreter der Wirtschaft dar, dabei repräsentiere sie nur einen Teil der mächtigen Unternehmen.

„Die jetzige Struktur eignet sich, um dies weiter zu fördern. Daher muss die Struktur geändert werden“. Die IHK-Kritiker fordern Beitragssenkungen und schlankere Strukturen in der Verwaltung, größtmögliche Zu-

rückhaltung in der öffentlichen Diskussion und eine breitere Beteiligung von Mitgliedern bei der Erarbeitung inhaltlicher Positionen.

Die Initiative stützt sich zudem auf den „Kammerbericht 2012“, mit dem der Bundesverband für freie Kammern Informationen über die wirtschaftliche Lage der Kammern in Deutschland zusammengetragen und veröffentlicht hatte. Darin heißt es, dass die Rücklagen der IHKS enorm – auf rund 1,5 Milliarden Euro – angestiegen waren, obwohl die Planzahlen kaum Überschüsse vorgesehen haben. Nicht alles kritisiert die Initiative.

Das Engagement im Ausbildungsbereich sei gut. Auch die ehrenamtliche Arbeit, die viele

IHK-Mitglieder leisten, sei vorbildlich. Umso mehr gehen die Kritiker davon aus, dass diese Arbeit auch dann fortgeführt werde, wenn es keinen Zwang zur Mitgliedschaft gebe. Unterdessen gab die IHK Kassel-Marburg nach der Sitzung der Vollversammlung am Dienstag bekannt, dass 2014 die Zahlungen der Unternehmer um bis zu 30 Prozent sinken könnten. Die Details einer möglichen Beitrags-Reform sollen die im Haushaltsausschuss engagierten Unternehmer erörtern.

IHK-Befragung: Mitglieder sind zufrieden

Die IHK betrachtet die Kritik der Initiative nicht als repräsentativ: Die Unternehmen sind mit den Leistungen ihrer IHK zufriedener denn je, sagt die Kammer und verweist auf eine Befragung von 1400 Führungskräften deutscher Firmen im Zeitraum von Mai bis Juli 2013.

Demnach sei die allgemeine Zufriedenheit auf rund 72 Prozent gestiegen, im Jahr 2004 waren es noch 66 Prozent.

Laut Befragung gelten die IHK als vertrauenswürdig und kompetent. Defizite sieht die IHK noch beim ehrenamtlichen Engagement und die Kontaktzahl zwischen IHK und insbesondere kleineren und mittleren Unternehmen lasse sich noch erhöhen.

HINTERGRUND

Die IHK in Marburg und Nordhessen vertritt nach eigenen Angaben 75000 Unternehmen. Vom 22. Januar bis zum 18. Februar werden die Mitglieder zur Wahl aufgerufen. Die neue Legislaturperiode der Vollversammlung („Parlament der IHK“) und der Regionalausschüsse beginnt am 1. April 2014. Bis zum 15. Oktober können Wahlvorschläge an die Wahlkommission eingereicht werden.